

Jobs sichern, Elektromobilität ausbauen

Handtmann stellt konkretere Pläne für Standort im geplanten Industriegebiet im Rißtal vor

sz/asp

4. November 2017



Ein Blick in die mechanische Fertigung im Handtmann-Werk in Biberach. Auch in einem möglichen IGI Rißtal würde ein Werk für mechanische Fertigung und Montage entstehen. Foto: Firma Handtmann

Warthausen - Die Pläne für ein neues Werk der Unternehmensgruppe Handtmann waren der Auslöser dafür, ein interkommunales Industriegebiet im Rißtal in Betracht zu ziehen. Am Freitag hat die Firma erstmals ihren konkreten Bedarf vorgestellt. Wie aus einer Mitteilung hervorgeht, benötigt Handtmann vor allem Erweiterungsflächen, um Gussteile zu bearbeiten und zu montieren. Eine Leichtmetallgießerei sei in dem möglichen Industriegebiet im Rißtal vorerst nicht geplant.

Im Leichtmetallguss und der Systemtechnik erwirtschaftet die Handtmann-Gruppe zwei Drittel ihres Umsatzes, zudem sind in der Sparte zwei Drittel der Mitarbeiter beschäftigt. Sie gießen aus Aluminium oder Magnesium Bauteile für die Automobilindustrie, bearbeiten diese und montieren sie schließlich zu ganzen Baugruppen zusammen. Unter den Aufträgen seien laut Handtmann auch immer häufiger Projekte für Elektrofahrzeuge - wodurch sich das Geschäft verändert.

"Die Entwicklung im Gussbereich ist aufgrund der aktuellen Lage der Elektromobilität schwer vorherzusagen", betont Michael Hagemann, Geschäftsführer des Leichtmetallgussbereichs bei Handtmann. "Wir planen derzeit keine zusätzliche Leichtmetallgießerei in Biberach. **Langfristig gehe das Unternehmen von einer gleichbleibenden oder gar leicht rückläufigen Mitarbeiterzahl**" aus.

"Deshalb machen wir uns Gedanken, wo wir die frei werdenden Biberacher Mitarbeiter wenn notwendig weiterbeschäftigen könnten, falls die Arbeit weniger wird", erläutert Hagemann.

Eine Möglichkeit, Mitarbeiter in anderen Bereichen unterzubringen, gäbe es: Bei der Systemtechnik habe Handtmann die Chance, seinen Umsatz in den kommenden zehn Jahren zu verdoppeln. Allerdings werde damit der Platzbedarf enorm steigen. Der Grund: Bauteile für Elektrofahrzeuge sind oft um ein Vielfaches größer als Ölwannen oder Getriebe für Autos mit Verbrennungsmotoren. Entsprechend seien auch die Bearbeitungs- und Montageanlagen vier bis fünf Mal so groß wie früher.

Wie Handtmann in seiner Mitteilung betont, gebe es für das Unternehmen kaum mehr Spielräume. "Alle Möglichkeiten zur **Verdichtung** in den bestehenden Werkshallen wurden in Biberach bereits genutzt." Deshalb sei die Suche nach einem neuen Standort "unumgänglich" geworden: "Nach unseren Analysen ist eine Flächenerweiterung notwendig, wenn wir zukunftsweisende Aufträge der Elektromobilität in Biberach bearbeiten wollen", sagt Hagemann.

Dabei stehe das Unternehmen unter **Zeitdruck**. Aktuell bewirbt sich Handtmann-Systemtechnik um mehrere Großaufträge, deren Produktionsstart zwischen 2020 und 2022 liegt. "Wir brauchen eine schnelle Entscheidung. Die Zeit von einem Auftrag bis zum Lieferstart ist in der Automobilbranche sehr kurz", sagt Hagemann.

Um die benötigten Produktionshallen rasch planen und bauen zu können, benötige das Unternehmen "frühzeitig Gewissheit über die Standortfläche".

Falls Handtmann bei Biberach keine geeigneten **Erweiterungsflächen** finde, sehe sich das Unternehmen gezwungen, kommende Aufträge an anderen europäischen Standorten anzusiedeln. Passende Grundstücke seien zum Beispiel in Sachsen und der Slowakei bereits vorhanden. Wenn möglich, wolle die Firma jedoch einen neuen Standort in der Nähe der Hauptverwaltung. "Es ist einfacher, das Know-how für die Systemtechnik in Biberach weiterzuentwickeln. Hier können wir bestehende Strukturen mitnutzen", erklärt Thomas Handtmann, Geschäftsführer der Handtmann Holding. Zudem fühle sich seine Familie und die Unternehmensgruppe der Belegschaft und der Region verbunden. "Daher hoffen wir sehr darauf, an einem Standort rund um Biberach bauen zu können."

Als konkreten **Flächenbedarf** im Rißtal gibt Handtmann zehn bis 15 Hektar in den nächsten fünf Jahren an. Aufgrund der Größe der Bauteile, die bis zu 1,40 auf zwei Meter groß sein können, sei auch ein Bahnanschluss notwendig. Auf den Flächen würden Bürogebäude und mehrere Produktionshallen für die mechanische Bearbeitung und die Montage entstehen. Dabei sei es denkbar, dass Bürogebäude als Schall- und Sichtbarriere entlang der Landstraße 267 platziert werden könnten, wie es in der Mitteilung heißt.

Dabei will sich Handtmann jedoch die Möglichkeit offenhalten, bei Bedarf später auch eine **Leichtmetallgießerei** zu bauen: "Wir wissen nicht, wie schnell der Umstieg auf die Elektromobilität kommt. Deshalb brauchen wir eine Fläche, die uns auch die Möglichkeit gibt, in Biberach zu bleiben, wenn herkömmliche Verbrennungsmotoren doch noch länger genutzt werden und damit die Nachfrage nach Gussteilen überraschend steigt", sagt Hagemann. Befürchtungen und Kritik an einer Metallgießerei weist er zurück. "Das ist von außen eine ganz normale Werkshalle." Filteranlagen sorgten dafür, dass es keine Emissionen oder Geruchsbelästigung gebe.

Insgesamt würden im geplanten IGI Rißtal mittelfristig höchstens 200 bis 300 **Personen** arbeiten, überwiegend im Dreischichtbetrieb. Handtmann geht zudem davon aus, dass von den Mitarbeitern nur rund die Hälfte durch Herrlishöfen fahren würde, verteilt über den Tag, insgesamt etwa 35 bis 50 Personen je Schicht. In einem neuen Werk für Systemtechnik sollen zudem Mitarbeiter aus anderen Biberacher Standorten eingesetzt, aber nur wenige Fachkräfte neu eingestellt werden.

"Uns geht es um die Sicherung des Standorts Biberach und der Arbeitsplätze ", betont Jörg Hochhausen , der als Geschäftsführer der Handtmann Service für Personal zuständig ist. Bis der Bahnanschluss realisiert ist, würde die Zulieferung und die Abholung der Güter gänzlich über die B 30 erfolgen.

Zurzeit läuft das **Zielabweichungsverfahren** zum geplanten Industriegebiet .Eine Entscheidung vom Regierungspräsidium in Tübingen wird voraussichtlich bis Ende des Jahres erwartet (SZ berichtete). Handtmann betont in ihrer Mitteilung auch , dass das Ergebnis des Zielabweichungsverfahrens und möglicher Folgeverfahren akzeptiert werde, "wie auch immer es ausfällt".